

# Nancy Janz. Synode am 11.11.2025

Bericht des Beteiligungsforums Sexualisierte Gewalt (BeFo) - #Synode 2025 im Livestream in 45:10  
<https://youtu.be/WU71tzcmaqjU?t=2710>, Nancy Janz, Transkript:

Ich danke Frau Wüst für ihre Ausführungen. Sie hat beschrieben, was wir als Beteiligungsforum in den vergangenen Monaten erreicht haben. Die Anerkennungsrichtlinie, den Start der Unabhängigen Aufarbeitungsprozesse in den regionalen Verbänden, den wachsenden Schulterschluss zwischen Kirche und Diakonie. Das alles sind wichtige Schritte, auf die wir gemeinsam stolz sein können. Und doch, dieser Bericht braucht eine zweite Stimme, eine, die aus einer anderen Perspektive spricht. Aus der der Betroffenen, die täglich erleben, dass Fortschritt allein noch keine Veränderung bedeutet. Ich spreche also heute nicht gegen den Bericht meiner Vorrednerin, sondern in Resonanz dazu, als Echo aus der Betroffenenvertretung.

Das Schwerpunktthema dieser Synode beschäftigt sich mit Macht. Kaum ein anderes Wort trifft den Kern dessen, womit wir uns im Beteiligungsforum beschäftigen, Tag für Tag. Den genau an diesem Punkt entscheidet sich, ob Aufarbeitung gelingt oder scheitert. Unsere Erfahrung ist, unsere Macht hängt davon ab, wer gerade zuhört, wer uns ernst nimmt, wer in entscheidenden Momenten Verantwortung übernimmt. Die Macht des BeFo Beteiligungsforums reicht nur soweit, wie die Institutionen bereit sind, sie zuzulassen.

Und genau hier liegt das Problem, denn es hakt. Nicht an der Idee, sondern an der Haltung. Wir als Betroffenenvertretung erleben, dass die Macht, die wir haben, oft zu einer symbolischen Macht wird, dass wir als Alibi genutzt werden, nach dem Motto, es waren ja Betroffene dabei, und es dennoch kaum spürbaren Fortschritt für Betroffene gibt. Und das tut weh. Und es wirft die Frage auf, ist für Diakonie und Kirche wirklich Aufarbeitung das Ziel? Was wir erleben, ist ein permanentes Spagat zwischen den Erwartungen der Betroffenen, die uns mit Hoffnung und Vertrauen begegnen und den Strukturen, die Veränderungen nur im Schneckentempo voranbringen. Es ist oft zermürend, in diesem Spannungsfeld zu stehen. Und während wir ringen, verhandeln, und vermitteln, werden die Menschen, um die es geht, älter. Sie warten. Sie warten auf Anerkennung, auf Gerechtigkeit, auf ein Zeichen, dass sich wirklich, wirklich etwas an ihrer Situation verändert. Manche verlieren die Kraft, manche verlieren die Hoffnung. Und das Bitterste ist, zu wissen, dass die Zeit hier nicht nur vergeht, sondern zerstört. Weil Menschen sterben. Sie sterben, in Stich gelassen von Institutionen, die keine Verantwortung übernehmen. Sie sterben in ihrem Groll, in ihrer Wut, in ihrem Schmerz und in ihrer Enttäuschung. Weil Zeit zerstört und Menschen sterben, darf Beteiligung keine Theorie sein.

Nach außen wird Beteiligung als hohes Gut betont, in der Realität bedeutet sie, immer wieder harte Grenzen auszuhandeln. Etwa wenn unsere Expertise angezweifelt wird oder wenn wir um Formulierungen, Sitzungszeiten oder Zuständigkeiten feilschen müssen, als ginge es um persönliche Interessen und nicht um Gerechtigkeit und Verantwortung. Doch gerade in diesem Prozess des ständigen Aushandelns, in dem Ringen um die beste Lösung zeigt sich, wie ernst es den Institutionen mit echter Beteiligung ist.

Ein positives Beispiel dafür ist, dass die Diakonie Deutschland inzwischen personell und finanziell im Beteiligungsforum übernommen hat. Das ist gut. Und es war höchste Zeit. Doch das ist nicht genug. Denn mit der erweiterten Struktur ist unser Arbeitsfeld auch gewachsen. Es bedeutet, noch mehr Abstimmung, noch mehr Arbeit an die Grenzen und es heißt eben auch, noch mehr

Auseinandersetzung. Wir müssen unsere Position als Betroffene immer wieder behaupten, wir müssen streiten, nicht um Privilegien, sondern um vorbehaltlose Anerkennung unserer Expertise und vor allem um akzeptierte Mitentscheidung.

Ein entscheidender Prüfstein für diese Haltung der Institutionen wird die Umsetzung der neuen Anerkennungsrichtlinie sein, die zum 1.1.2026 in allen Landeskirchen und diakonischen Verbänden gelten soll. Diese Richtlinie ist ein Meilenstein — doch nur, wenn sie tatsächlich umgesetzt wird und zwar einheitlich. Ich warne davor, dass diese Anerkennungsrichtlinie erneut in föderalen Einzelwegen zerfällt, dass jede Landeskirche, jeder Landesverband wieder eigene Grenzen setzt. Nicht wäre fataler. Einheitlichkeit ist ja keine Frage, sondern ein Muss. Sie spiegelt Haltung, Übernahme der Verantwortung und Gerechtigkeit.

Ich will es hier deutlich sagen: Diese Richtlinie versucht etwas zu regeln, das sich eigentlich nicht regeln lässt. Sexualisierte Gewalt und Missbrauch sind schwerste Verbrechen. Hier kann es keine Gerechtigkeit geben. Kein Geld, keine Summe keine Richtlinie kann wieder gut machen, was Menschen angetan wurde, unter dem Dach der Institution. Unter dem Dach von Kirche und Diakonie. Das Leid bleibt. Die Folgen bleiben oft ein Leben lang, das haben Sie alle gehört in den Berichten der zwei Betroffenen am Samstag. Und trotzdem: Ein angemessene Anerkennung kann lindern. Sie kann ein Stück Würde zurückgeben, weil sie ausdrückt, wir sehen, was geschehen ist, wir übernehmen Verantwortung dafür.

Für Betroffene bedeutet das vielleicht, sich zum ersten Mal seit Jahren einen Urlaub leisten zu können oder dringend notwendige therapeutische Maßnahme zu bezahlen. Noch einmal: Es geht darum, im Alltag Unterstützung zu spüren, eine kleine Erleichterung im täglichen Kampf ums Überleben nach einer Tat, die das Leben unwiederbringlich verändert hat. Oft bleiben gebrochene Biografien, gerade bei ehemaligen Heimkindern, deren Chancen auf ein würdiges Leben früh zerstört wurden. Wo Institution finanzielle Lasten sehen, bedeutet dies für Betroffene ein kleines Stück Lebensqualität manchmal das erste sichtbare Zeichen von Anerkennung überhaupt.

Um so schmerzlicher ist es, wenn Menschen aus Kirche und Diakonie so zäh verhandeln, als wären sie auf einem Bazar. Und dabei völlig außer acht lassen, was der Kern dieser Anerkennungsrichtlinie eigentlich ist, nämlich, dass die Folgeschäden für Betroffene nach diesem Verbrechen berücksichtigt werden. Und hier stellt sich für mich wieder die Frage: Wer hat die Macht? Und wer teilt seine Macht und wer ist überhaupt dazu bereit?

Das Thema Macht zeigt sich nicht nur bei zähen Verhandlungen mit den Institutionen, so ehrlich sollten wir sein, auch im Umgang mit einander. Ein Beispiel dafür die die Plattform BeNe. Sie war und ist ein Versuch, Betroffene zu vernetzen, Raum für Austausch und gegenseitige Unterstützung zu schaffen. Doch die Realität ist bislang eine andere: BeNe spiegelt die tiefen Verletzungen wieder, die Betroffene in Jahrzehnte langem Kontakt mit kirchlichen Institutionen erfahren haben. Die? Frust, die Wut. das Misstrauen, die sich dort entladen, kommen nicht von irgendwo. Sie sind das Ergebnis eines langen, zu langen Schweigens der Institutionen. BeNe ist ein Symptom für ein System, das über Jahrzehnte keine Verantwortung übernommen hat. Wenn sich Frust in digitalen Räumen entlädt, dann weil die analogen Räume versagt haben: Weil Beschwerden nicht ernstgenommen, Missstände vertuscht, Verantwortung abgeschoben wurde. Das Misstrauen, das Betroffene untereinander empfinden und artikulieren hat seine Wurzeln im Misstrauen gegenüber den Institutionen, die vertuscht haben und untätig waren.

In BeNe zeigt sich, wie schwer es mit Beteiligung ist, wenn Vertrauen über Jahrzehnte zerstört wurde. Und doch führt kein Weg daran vorbei, weil nur Beteiligung die Chance eröffnet, aktiv mitzugestalten und Verantwortung gemeinsam zu tragen. Beteiligung gelingt nicht von selbst. Sie ist keine Wohlfühlveranstaltung, sondern intensive, manchmal schmerzhafte Arbeit. Sie bedeutet, Macht zu teilen, Prozesse zu öffnen, Entscheidungen zu hinterfragen. Sie bedeutet, Unsicherheiten auszuhalten und Vertrauen nicht einzufordern, sondern sich im argumentativen und zugewandten Miteinander zu verdienen. Nur so kann Beteiligung das werden, was sie sein soll: ein gemeinsames Ringen um Verantwortung.

Macht und Gleichberechtigung sind kein Selbstverständlichkeit. Wir, die Betroffenensprecher:innen des Beteiligungsforum, haben im Dialogprozess der unabhängigen Beauftragten der Bundesregierung teilgenommen und dabei einmal deutlich gespürt, Strukturen, in denen Betroffene zugleich als Expert:innen und als Beteiligte im institutionellen Aushandlungsprozess wirken können, sind Neuland und treffen auf Skepsis und strukturelle Inflexibilität. Diese Doppelrolle fordert uns in der Kirche immer wieder heraus, aber eben auch im Gegenüber zur UBSKM. Immer wieder stellt man uns in Frage und wir müssen unter Beweis stellen, echte Beteiligung, die beides ist, Nähe und Kritik, Mitarbeit und Mahnung. Doch genau hier, in diesem Zwischenraum dieser Rollen, nicht nur im Dialogprozess, sondern auch im Beteiligungsforum, in jeder AG, in jedem Gremium, das wir begleiten, kann entstehen, was Beteiligung im besten Sinne meint: gemeinsames Gestalten von Entscheidungen trotz ungleicher Machtverhältnisse.

So bleibt Beteiligung aus unserer Sicht der einzige Weg, der uns Betroffene aus der Ohnmacht herausführt. Was uns dabei antreibt, ist die Überzeugung, dass Aufarbeitung und Anerkennung keine Verwaltungsvorgänge sein dürfen, sondern Prozesse sein müssten, die Haltung erfordern und auch einfordern. Haltung, die sich zeigt, wenn Leitung wirklich leitet. Wenn Menschen in Machtpositionen ihre Verantwortung anerkennen und sie nicht nur an Gremien, Verfahren und Fachstellen delegieren.

Macht, die sich nicht bewegt, ist Missbrauch. Ihr alle hier seid Leitung dieser Kirche. Ihr alle könnt Verantwortung übernehmen, ihr alle habt Macht. Ich sage es noch einmal: Macht, die sich nicht bewegt, ist Missbrauch. Wer sich auf Gremien beruft, um nicht zu handeln, und zuschaut, wie die Papierberge und Prozesse wachsen, der schützt nicht die Kirche, sondern die Strukturen, die Menschen zutiefst verletzt haben. Und allzu oft erleben wir, dass Mitgefühl an die Stelle von Verantwortung tritt. Das Betroffenheit gezeigt, aber kaum gehandelt wird. Empathie ist gut, doch sie genügt nicht. Wir brauchen keine Bekundungen des Bedauerns, sondern Menschen, die handeln. Die Verantwortung übernehmen, auch wenn es unbequem ist. Wir brauchen Entscheidung, wir brauchen klare Beschlüsse und verbindliche Standards. Jede verschobene Entscheidung, jedes vertagtes Thema, ist eine Entscheidung gegen Betroffene. Ihr alle seid nicht Zuschauer:innen dieses Prozesses, ihr seid Mitverantwortliche.

Deshalb habe ich einen klaren Appell: Kirche und Diakonie sind weiterhin gefordert, ihrer Verantwortung nachzukommen. Betroffene können nur flankieren, nicht führen und nicht tragen. Es braucht Menschen, die Verantwortung nicht nur in Worten, sondern in Entscheidungen zeigen. Es braucht Mut, alte Strukturen zu beenden, damit Neues entstehen kann. Teilt eure Macht, oder verliert eure Glaubwürdigkeit. Diese Kirche kann Aufarbeitung nicht von oben verordnen, sie muss die Verantwortung dafür selbst übernehmen. Und, sie muss sie teilen. Das Beteiligungsforum ist kein Ort der Ohnmacht. Es ist für uns alle ein Ort der Auseinandersetzung, des Lernens und, ja, auch des Scheiterns. Aber vor

alles ist es ein Ort, an dem wir, die Betroffenen, unsere Stimme erheben, und mit ihr Verantwortung übernehmen, mitgestalten, mitentscheiden. Das ist Macht, im besten Sinne. Vielen Dank.